

Rundbrief Juli 2000

Liebe Freundinnen und Freunde,

die bayerische Bevölkerung hat - als Schrittmacher für Deutschland - in den letzten Jahren die Volksabstimmung entdeckt. Der Regierenden fühlten sich dadurch gestört. Deshalb schränkte das bayerische Verfassungsgericht (von der Regierungspartei gewählt!) die Bürgermitbestimmung ein. Zuletzt verbot es im Frühjahr unsere Volksbegehren "Schutz des Bürgerentscheids" und "Faire Volksrechte im Land", da diese den "Grundgedanken der Demokratie" widersprächen!

Volksbegehren "Macht braucht Kontrolle" in Bayern:

Vom 9. - 22. Mai fand deshalb in Bayern das Volksbegehren "Macht braucht Kontrolle" für ein unabhängiges Verfassungsgericht statt. Viele Aktive haben ihre ganze Zeit und Energie hineingesteckt. Wir waren eine der treibenden Kräfte. Fast 300.000 Bürgerinnen und Bürger haben sich in das Volksbegehren in ihren Rathäusern eingetragen. In Bayern wird aber die extrem hohe Hürde von 900.000 verlangt, damit es zu einem Volksentscheid kommt. Gescheitert. Das Interesse der Bürger/innen war nicht stark genug. Der weitere Ausbau der Direkten Demokratie ist damit verlangsamt.

Start des Omnibus "Kunstwerk Volksabstimmung" im Oktober

Je stärker die Widerstände werden, umso wichtiger ist es, die Idee der Volksabstimmung zu pflegen und ins Rollen bringen. Deshalb soll im Oktober der weiße Omnibus starten (siehe Anlage). Der Kauf und Ausbau des Doppeldeckerbus ist ein finanzieller Kraftakt. Wir rechnen mit ca. 60.000,- Investitionskosten. Ca. 5.000,- DM Spenden sind schon zusammen. Den Rest hoffen wir durch einen Förderkreis finanzieren zu können. Aus diesen Grund senden wir Ihnen heute einen Überweisungsträger (für eine einmalige Spende) und ein Förderblatt mit Rücksendeumschlag (für eine regelmäßige Spende). Eine monatliche Förderung von 10,-, 20,- oder 50,- DM ermöglicht, daß wir den Bus durch einen entsprechenden Kredit vorfinanzieren können. Bitte helfen Sie mit, daß der weiße Omnibus starten und in ganz Deutschland über das Prinzip Volksabstimmung informieren kann!

Erfolg vor Gericht! Bürgerbegehren "München aus der Schuldenfalle" zulässig!

Im Januar 1999 hatten wir das Bürgerbegehren mit 34.300 Unterschriften beantragt. Damit soll erstmalig in Deutschland Bürgerbeteiligung und Transparenz in der städtischen Finanzplanung eingeführt werden. Der Münchner Stadtrat erklärte es im März '99 überraschend für unzulässig. Das Verwaltungsgericht gab uns nun Recht. Der Bürgerentscheid findet im Herbst statt, es sei denn die Stadt München geht in Berufung.

Mit herzlichen Grüßen aus dem Allgäu!

Thomas Mayer